

GEMEINDE SCHWIEBERDINGEN

Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates am 17.05.2023

Beginn: 19:25 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitz

Herr Manfred Müller

Gemeinderäte

Herr Panagiotis Athanassiadis

Frau Monika Birkhold

Herr Heinz Dillmann

Herr Lutz Enzensperger

Herr Cord Erben

Frau Brigitte Heck

Herr Alexander Henke

Herr Markus Josenhans

Frau Monika Kleinau

Frau Monika Leder

Herr Sebastian Morschhäuser

Frau Iris Pohl-Mattern

Frau Heidrun Rabus

Frau Michaela Reinold

Herr Dieter Rommel

Herr Mark Schachermeier

Frau Anita Sippel

Herr Rainer Widmann

Schriftführung

Frau Carina Kroll

Verwaltung

Herr Pablo Burkhardt

Frau Marleen Götz

Frau Carmen Hirsch

Abwesend:

Vorsitz

Herr Nico Lauxmann

Schriftführung

Herr Florian Bausch

weitere Anwesende

Herr Knut Brenner

Die Niederschrift umfasst die § 41 - 45

.....
Bürgermeister

.....
Gemeinderat

.....
Schriftführer

.....
Gemeinderat

INHALTSVERZEICHNIS

- § 41 Bürgerfragestunde**
- § 42 Erstellung der Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2023**
- § 43 Kommunale Gestaltung der Wärmeversorgung für die Bürgerinnen und Bürger in Schwieberdingen, Hemmingen und Eberdingen**
- § 44 Anfragen**
- § 45 Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen**

Bürgerfragestunde

a) Frage: Vorratsbeschluss Containerstellung

Die erste Frage betraf den geplanten Vorratsbeschluss zur Containerstellung an der Schule. Ein Bürger wollte wissen, warum ein Vorratsbeschluss nun erfolgen soll, obwohl der Bürgermeister aktuell keinen Bedarf sieht. Eine weitere Frage galt der Standortfrage, warum die Verwaltung ausgerechnet neben der Schule das Grundstück priorisiert.

Frau Hirsch führt aus, dass die Fläche nach aller Abwägung die Geeignetste war, die im Eigentum der Gemeindeverwaltung steht. Dennoch gibt sie zu bedenken, dass nicht immer die optimalste Fläche existiert, zumal es für alles ein Für und Wider gibt. Dennoch sollte man sich für eine Fläche festlegen. Mit dem Vorratsbeschluss soll vor allem erreicht werden, dass es keinen Suchlauf mehr geben muss, sollte es mit den Zahlen nach oben gehen.

b) Frage Bürgerin Frau Groß: Was wird für die Schwieberdinger Bürger getan?

Frau Groß führt aus, dass sie auf der Hülbe wohnt. Sie schildert, dass das Thema Container und Klimaschutz derzeit im Fokus steht. Sie findet, dass Herr Lauxmann ständig mit Abwesenheit glänzt und stellt in den Raum was die „Schwieberdinger Bürger“ denn von einem familienfreundlichen Schwieberdingen haben. Sie empfindet, die Kriminalität steige. Gleichzeitig werde für einheimische Bürger immer eine Solidarität gefordert. Sie stellt sich die Frage was Schwieberdingen für die einheimischen Bürger tut und möchte eine konkrete Antwort darauf.

EB Müller entgegnet, dass er diese Einschätzung nicht teilt. Er führt aus, dass in den letzten Jahren in der Gemeinde viel z.B. auch durch die Entwicklungsoffensive bewirkt werden konnte. Er gibt zu bedenken, dass aktuell ein Krieg in Europa herrscht und dass deshalb aktuell die Solidarität mit den Geflüchteten erforderlich ist. Diese Sachverhalte sollten nicht vermengt werden. Er führt weiter aus, dass viele Geflüchtete auch in privaten Haushalten untergekommen sind. Unmittelbar nach der Bewältigung der Coronapandemie folgte direkt die Flüchtlingskrise. Er führt weiter aus, dass man an dieser Stelle auf Humanität setzen muss und die breite Gesellschaft in weiten Teilen die Aufgaben mitträgt.

Frau Groß erwidert, dass sie wissen will, was die Gemeinde Schwieberdingen für die Einheimischen tut. EB Müller entgegnet, dass er nicht erkennen kann, dass die Leistungen für die Bürgerschaft zurückgefahren wurden. Er führt aus, dass die Stärkung des Ehrenamts immer noch im Fokus steht und auch an der Problemstellung der Kitas gearbeitet wird.

c) Frage Bürgerin: Kriminalität an der Schule

Eine Bürgerin fragt an, ob bekannt sei, dass Erpressungen, Gewalttaten und sexuelle Übergriffe an der Schule stattfinden würden. Auch fragt sie hierzu nach, ob der Arbeitskreis KKP wieder reaktiviert werden kann. Sie wünscht sich eine stärkere Präsenz des Ordnungsamts. Auch kritisierte sie die missliche Verkehrslage an der Schule.

EB Müller führt aus, dass die Gemeindeverwaltung erst heute früh von einer entsprechenden Meldung und auch nur im vagen Umfang erfahren hat. Zwischenzeitlich wurden die Schulleitungen und die Polizei kontaktiert. Dort lagen keine Anzeigen vor. EB Müller fordert die Bürgerin auf, die Vorfälle mitzuteilen und zu konkretisieren. Erst dann kann den Vorfällen nachgegangen und diese aufgearbeitet werden.

Frau Hirsch ergänzt, dass der Gemeindevollzugsdienst regelmäßig den Schulcampus und die Verkehrssituation beobachtet. Die Bestreifung kann in nächster Zeit auch noch intensiviert werden. Auch die Verkehrspolizei wird hier mit einbezogen. Der Verkehr ist im Herrenwiesenweg nichts Neues, Es handelt sich hier oftmals über den Hol- und Bringverkehr der Eltern. Dem Sachverhalt wird dennoch nachgegangen und gezielt die Zeiten überprüft. Aktuell liegen weder Vorfälle noch Unfälle vor, bei denen sich ein Handlungsbedarf ergibt.

d) Frage Bürgerin: Erstaufnahmestelle Flüchtlinge

Eine Bürgerin fragt an, wie das Risiko von der Gemeindeverwaltung eingeschätzt wird, wenn eine Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge im direkten Umfeld eingerichtet werden würde, da viele Geflüchtete traumatisiert sind. Sie sieht hier die Gemeinschaftsschule und die Sicherheit in Gefahr, da die Schule ja immer eine potenzielle Begegnungsstätte für die Kinder ist. EB Müller entgegnet, dass es bislang noch keinen Vorratsbeschluss gibt und es immer ein Für- und Wider gibt. Für alle mögliche Standorte gibt es Bedenken. Er korrigiert die getroffene Annahme, dass es sich bei den Planungen um eine Erstaufnahmestelle handelt, dies ist nicht zutreffend. Frau Hirsch ergänzt, dass es hierbei um Unterkünfte für Personen aus der Anschlussunterbringung geht, die Wohnraum benötigen. Die Behauptung alle Personen seien direkt traumatisiert, sei zu weit gegriffen. So führt sie aus, dass dies auch ähnlich wie bei anderen Personen sei, die viel durchgemacht haben. Als Fazit teilt Frau Hirsch mit, dass eine Risikoabschätzung in dieser Phase nicht getroffen werden kann.

Eine andere Bürgerin fragt zum vorgehenden Thema nochmals direkt nach, ob sich die Gemeindeverwaltung Gedanken zu den Risiken gemacht habe. EB Müller führt auf, dass es aktuell keine hohe Kriminalitätsrate gibt. Auch gibt es hinsichtlich der Unterbringung von geflüchteten Personen Erfahrungswerte, die einen solchen Rückschluss nicht zulassen. Weiter führt er aus, dass es grundsätzlich in jeder Bevölkerungsschicht zu Spannungen kommen kann.

Erstellung der Vorschlagsliste für die Schöffenvwahl 2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/339, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Frau Kroll stellt die Vorlage vor.

Frau Kroll führt aus, dass in diesem Jahr turnusgemäß die Wahlen der ehrenamtlichen Schöffen und Schöffinnen für die ordentliche Gerichtsbarkeit stattfinden. Jede Gemeinde hat hierfür eine Vorschlagsliste mit möglichen Kandidaten für das Schöffenamnt (Haupt- und Hilfsschöffen) aufzustellen.

Das Amtsgericht hat der Gemeinde Schwieberdingen 8 Personen für die Vorschlagsliste vorgegeben. Diese Zahl ist nicht zu unterschreiten. Eine Grenze nach oben an Bewerbungen für die Vorschlagsliste gibt es nicht. Frau Kroll verdeutlicht, dass aus diesem Grund keine Auswahl an Personen durch das Gremium erfolgen muss. Aufgrund der Bekanntmachungen gingen innerhalb der Bewerbungsfrist insgesamt 39 Bewerbungen ein, davon 14 Frauen und 25 Männer. Der Gemeinderat hat nunmehr über die Vorschlagsliste zu entscheiden.

Frau Kroll gibt bekannt, dass alle Bewerberinnen und Bewerber die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen und für die Aufnahme in die Vorschlagsliste vorgeschlagen werden. Die abschließende Auswahl der Schöffen obliegt dem Schöffenvwahlausschuss, der beim Amtsgericht Ludwigsburg, gebildet wird. Frau Kroll führt aus, dass die Vorschlagsliste für eine Woche noch öffentlich zur Einsichtnahme ausgelegt wird.

Sollte noch eine Beratung hinsichtlich einzelner Bewerber stattfinden, ist ggf. die öffentliche Sitzung zu unterbrechen und nichtöffentlich zu beraten. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Vorschlagsliste nicht bereits in einem Ausschuss vorberaten wurde.

Frau Kroll verdeutlicht, dass Bewerbende aus dem Gemeinderat, die sich ebenfalls als Schöffe/Schöffin beworben haben, nicht befangen sind.

Herr EB Müller erachtet die hohe Anzahl an Bewerbungen als besonders positiv.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Vorschlagsliste der Gemeinde Schwieberdingen für die Schöffenvwahl 2023 wird zugestimmt.

Kommunale Gestaltung der Wärmeversorgung für die Bürgerinnen und Bürger in Schwieberdingen, Hemmingen und Eberdingen

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage 2023/345, die als Anlage beiliegt und auf die Bezug genommen wird. Herr Burkhardt stellt die Vorlage vor.

Herr Burkhardt führt aus, dass eine gemeinsame Planung („im Konvoi“) zusammen mit den Gemeinden Hemmingen und Eberdingen vorgesehen ist. In diesem Fall wird das Vorhaben vom Land Baden-Württemberg mit 80% der förderfähigen Kosten bis zu einer maximalen Förderhöhe von rd.120.000€ gefördert. Als regionale Beratungsstelle der Region Stuttgart-West begleitet die Energieagentur Kreis Ludwigsburg (LEA) e.V. Kommunen bei der kommunalen Wärmeplanung. Herr Laube von der Energieagentur Kreis Ludwigsburg stellte die kommunale Wärmeplanung als Grundstein der klimaneutralen Wärmeversorgung anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage).

EB Müller entgegnet, dass es sich um ein schwieriges, aber auch zukunftssträchtiges Thema handelt. Auch wenn 80 Prozent Fördermittel vorgesehen sind, steckt hinter dieser Thematik deutlich mehr. So führt er aus, dass die ein erster Einstieg darstellt, um eine Bestandsaufnahme zu erhalten. Über die Potenzialanalyse kann man über ein definiertes Ziel zu einer Strategie zu kommen. Durch die Analyse kann geprüft werden, welche Potenziale vorliegen. So führt er aus, dass es gut ist, diesen Schritt vorab zu tun. Auch durch Synergien können andere Kommunen profitieren. Er schlägt vor, die Förderung zu beantragen und 10.000 Euro in nächsten Haushaltsplan dafür einzustellen.

GR Enzensperger bedankt sich für den umfangreichen Vortrag, der von Herrn Laub mit Herzblut vorgebracht wurde. Er findet es sinnvoll die vier Szenarien abzuwägen. Er wünscht sich ein schnelleres Vorgehen in dieser Thematik, damit die Zuschüsse abgegriffen werden können. Sollte die Thematik zur Pflicht werden, eine Wärmeplanung aufzustellen, dürfte es künftig keine Zuschüsse mehr geben.

GR Reinold bedankt sich für den Vortrag und findet, dass hier der richtige Weg eingeschlagen wird. Dennoch möchte sie wissen, ob man vom Plan später noch abweichen kann. Sie tut sich schwer damit, alles auf die Wärmepumpen zu setzen, die aktuell auch schwer beschaffbar sind. Sie findet, dass ein Mix der richtige Weg ist. Auch fragt sie an, inwieweit Bosch hier in die Planungen miteinbezogen ist.

EB Müller entgegnet, dass man noch nicht soweit ist. Erst bei der Potenzialanalyse kann man prüfen, welche Potenziale vorliegen und was konkret abgegeben werden kann. GR Reinold führt aus, dass die Mischung der Möglichkeiten wichtig ist. Es muss vielfältig überprüft werden, was möglich ist.

GR Heck bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Die Grünen begrüßen die Vorgehensweise der Vergabe. Weiterhin führt sie aus, dass es große Unsicherheiten innerhalb der Bürgerschaft zum Thema Heizungen gibt und wünscht sich eine wirtschaftliche und umweltverträgliche Wärmeversorgung. Sie führt aus, dass sie bereits einen Antrag hinsichtlich der Wärmeplanung im Neubaugebiet Zollstöckle gestellt hatten. Der Antrag ist jedoch im Gemeinderat gescheitert. Sie findet es umso schöner, dass nun das Vorhaben für die gesamte Gemeinde gilt.

GR Josenhans fragt an, ob die Wärmenetze dezentral geführt werden. Zusätzlich war die Nachfrage, ob vollumfänglich jedes Quartier analysiert wird, um von fossilen Energien wegkommen.

Herr Laube führt aus, dass die Zielrichtung auf Wärmenetze und Wärmepumpen gehen wird. Alle anderen Strategien seien Nischen. Auch stellen die Wärmenetze sinnvolle ergänzende Maßnahmen zur Wärmepumpe dar. Er führt aus, dass ein Ingenieurbüro eine Analyse vornimmt und danach die Entscheidungen getroffen werden.

GR Henke entgegnet, dass als Fazit nichts anderes übrigbleibt, als das Thema mangels Alternativen anzugehen.

GR Rommel stuft das Thema und die Vorgehensweise als gelungen ein, denn 10.000 Euro sind gut investiertes Geld. Er empfindet, dass aktuell immer hektische Diskussionen und ein Aktionismus in manchen Themen vorkommen. Hier sieht er die Möglichkeit eine Analyse vorzuschalten, sowie den Fokus auf die Industriegebiete und auch auf die Zukunft zu legen. Für ihn macht es Sinn, auf einer Begutachtung eine Basis aufzubauen und dann eine gute Lösung zu finden. Wichtig ist ihm auch, dass das Thema Klimaschutzkonzept vorwärtskommt. EB Müller führt hier an, dass aktuell noch auf die Förderung gewartet wird.

GR Sippel gibt die Rückmeldung, dass der Vortrag sehr spannend war. Sie fragt nach Lösungsansätzen bezüglich der Biomasse, da auch Ackerfläche verfügbar ist. Auch fragt sie an, ob Haushalte hinsichtlich der Biomasse miteingebunden werden.

Herr Laube entgegnet, dass es der LEA darum geht, Lösungsmöglichkeiten universal zu nutzen. Im Schwarzwald existieren hier die Möglichkeiten im Wald (Holz) und auf der Flur (Mais) Material für Biogasanlagen zu beschaffen. So gibt es in allen Städten und Gemeinden ein Optimierungspotenzial. Für eine Biomüllvergärung gibt es aktuell keinen Stand.

GR Reinold spricht ein Unternehmen vom Hofgut Mauer an. EB Müller entgegnet, dass die Potenzialanalyse innerhalb des Areals des Konvois stattfindet. Auch ist das Thema allgemein zu überplanen, z.B. wo und wie Leitungen gelegt werden können.

GR Reinold fasst den Beitrag von GR Sippel auf und führt an, dass Biomüll ohne Ende vorliegt. EB Müller gibt aber auch zu bedenken, dass niemand eine Biomüllgärungsanlage bei sich im Industriegebiet haben möchte. Dennoch kann man aus vielerlei Bereichen einen Nutzen ziehen, da das Thema nicht eindimensional ist. Es existieren hier die unterschiedlichen Lösungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat anschließend einstimmig mit einstimmig 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung der kommunale Wärmeplanung, insbesondere der Beantragung von Fördermitteln des Landes und Einholung von Angeboten für die Erarbeitung der Wärmeplanung und der begleitenden Unterstützung durch geeignete Büros.

Anfragen

GR Pohl-Mattern fragt im Rahmen des anstehenden Stadtradelns an, ob Wege auf der Gemarkung für diesen Anlass instandgesetzt werden. Es gibt einige Löcher auf den umliegenden Radwegen z.B. Richtung Münchingen bzw. im Münchinger Tal.

EB Müller entgegnet, dass ihn das Thema schon beschäftigt, seit er in Schwieberdingen arbeitet. Herr Burkhardt führt aus, dass der Münchinger Weg keine Schlaglöcher aufweise, es sich aber um einen unebenen Weg handelt. In der Vergangenheit wurde der Weg „belastbar“ gemacht. Dies ist jedoch bei Nachbesserungsmaßnahmen nicht immer ideal, da aufgeschüttetes Splitmaterial wegrutscht.

Dies hat zur Folge, dass die Feinstruktur oben abgetragen wird. Sollte man die Fräse für die Bearbeitung des Weges verwenden, so würde dieser zerstört werden. Ideal laut Herrn Burkhardt sei es, eine geteerte Fahrbahnoberfläche zu schaffen. Dies hat jedoch zum Nachteil, dass zu einer höheren Verkehrsgefährdung führen würde und auch nicht gerade gut für das Umweltthema „Salamander“. Herr Burkhardt bekräftigt zusätzlich, dass der Münchinger Weg auch kein Radweg sei, sondern ein Wanderweg ist, der auch für den landwirtschaftlichen Verkehr genutzt wird. EB Müller ergänzt, dass die Gemeindeverwaltung mit dem Landratsamt im Kontakt ist. Bisher konnte jedoch keine Verbesserung erzielt werden.

GR Pohl-Mattern führt weiter aus, dass sie den Übergang zum Bahnübergang meinte, da der Absatz an dieser Stelle hoch sei. Auch hier führt Herr Burkhardt aus, dass dort dieselbe Problematik besteht.

Herr Anwalt Brenner fragt an, was es mit dem Brezel Race am 16. Juli auf sich hat. In einem Hinweis schreiben wurde mitgeteilt, dass der Hardthof gesperrt sei und auch der Busverkehr nicht angedient werden kann. Frau Kroll führt aus, dass es sich hierbei um ein regionales Fahrrad-Radrennen handelt. Hier gibt es aktuell noch eine Verkehrsanhörung durch das Landratsamt. Sobald die Genehmigungsverfahren durchlaufen sind, wird hierüber allumfassend informiert.

Bekanntgaben und Beantwortung von Anfragen

Es gab keine öffentlichen Bekanntgaben bzw. Beantwortung von Anfragen.

Ende der öffentlichen Sitzung um 20:35 Uhr.